

# NVBW - Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Stuttgart

## Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022

### Bilanz

#### Aktivseite

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.201.366,85	1.801.897,18
II. Sachanlagen	508.650,00	380.892,00
	3.710.016,85	2.182.789,18
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	2.510,00	1.440,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.913.248,88	3.199.032,04
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	20.536.050,45	24.347.299,62
	24.451.809,33	27.547.771,66
C. Rechnungsabgrenzungsposten	167.994,72	141.889,32
	28.329.820,90	29.872.450,16
	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	52.000,00	52.000,00
II. Gewinnvortrag	493.762,91	493.762,91
III. Jahresüberschuss	539.908,41	414.717,21
	1.085.671,32	960.480,12
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	33,00	7.009,90
C. Rückstellungen	1.040.782,00	1.014.125,00
D. Verbindlichkeiten	16.734.317,35	19.681.854,35

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
E. Rechnungsabgrenzungsposten	9.469.017,23	8.208.980,79
	28.329.820,90	29.872.450,16

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2022 EUR	2021 EUR
1. Rohergebnis	13.068.157,74	11.276.385,58
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	- 7.120.809,56	- 6.042.784,16
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	- 1.597.707,33	- 1.360.628,48
davon für Altersversorgung und für Unterstützung	172.650,43	151.924,78
	- 8.718.516,89	- 7.403.412,64
3. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 1.140.814,39	- 845.034,32
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 2.372.327,36	- 2.305.559,61
5. Erträge aus Beteiligungen	31.538,81	42.928,53
6. Zinsen und ähnliche Erträge	16.074,43	1.689,61
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 89.319,76	- 175.845,50
davon aus der Aufzinsung	5.222,00	12.686,00
7. Ergebnis vor Steuern	794.792,58	591.151,65
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 254.884,17	- 176.434,44
9. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	539.908,41	414.717,21

## Anhang

Die Gesellschaft ist wie folgt im Handelsregister eingetragen:

Firma:

NVBW - Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart

Sitz:

Stuttgart

Registergericht:

Stuttgart



Handelsregisternummer:

HRB 17102

## A. Rechnungslegungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuch (HGB) und der ergänzenden Bestimmungen des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Die Gesellschaft ist eine mittelgroße GmbH i. S. v. § 267 Abs. 2 HGB. Entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen kommen die für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses zur Anwendung.

Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem gesetzlichen Gliederungsschema, gegebenenfalls unter Änderungen von Postenbezeichnungen und Einfügungen, soweit dies zulässig ist und der Klarheit des Ausweises dienlich erscheint.

## B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

**Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden unverändert zum Vorjahr fortgeführt.**

Grundlage für die Bewertung der Anlagezugänge sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die Abschreibungen der abnutzbaren Gegenstände des Anlagevermögens erfolgen planmäßig. Bei den beweglichen Anlagegütern erfolgt die Abschreibung der Zugänge pro rata temporis. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen EUR 250,00 und EUR 800,00 werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Übersicht über die Nutzungsdauern:

Immaterielle Vermögensgegenstände 1 bis 5 Jahre

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 13 Jahre

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen.

Die Gegenstände des Finanzanlagevermögens werden grundsätzlich auf der Grundlage der Anschaffungskosten zzgl. Nebenkosten aktiviert. Bei einer Beteiligung wurde das Wahlrecht der Absetzung eines Investitionszuschusses (TEUR 100) gemäß der Stellungnahme 1/1984 i.d.F. 1990 des HFA zu Bilanzierungsfragen und Zuwendungen i.V.m. § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB von den Anschaffungskosten angewendet.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Anschaffungskosten. Zur Abdeckung von Gängigkeitsrisiken wurden Abschläge in Abhängigkeit der Lagerdauer vorgenommen.

Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nominalwerten angesetzt.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen wurde nach R 6.5 EStR gebildet. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt analog zu den Abschreibungen der bezuschussten Investitionen.

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode.

Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Sie tragen allen am Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Latente Steuern werden gemäß § 274 HGB nach dem bilanzorientierten temporary-Konzept ermittelt. Vom Wahlrecht der Aktivierung aktiver latenter Steuern wird im Einklang mit § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht. Die latenten Steuerabgrenzungen betreffen die nachfolgend aufgeführten Bilanzposten:

	31.12.2022	
	aktive latente	passiva latente
Bilanzposten	Steuern	Steuern
Bewertung und sonstige Rückstellungen	X	

## C. Erläuterungen zur Bilanz

### 1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:



	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2022 EUR
	01.01.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	6.651.994,13	1.430.228,01	-107.004,07	214.145,00	8.189.363,07
geleistete Anzahlungen	224.264,68	881.279,17	0,00	-214.145,00	891.398,85
	6.876.258,81	2.311.507,18	-107.004,07	0,00	9.080.761,92
Sachanlagen					
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.567.950,06	360.880,88	-329.610,95	0,00	1.599.219,99
	1.567.950,06	360.880,88	-329.610,95	0,00	1.599.219,99
Finanzanlagen					
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	8.444.208,87	2.672.388,06	-436.615,02	0,00	10.679.981,91
	Abschreibungen				31.12.2022 EUR
	01.01.2022 EUR	Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	5.074.361,63	912.034,51	-107.001,07	0,00	5.879.395,07
geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	5.074.361,63	912.034,51	-107.001,07	0,00	5.879.395,07
Sachanlagen					
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.187.058,06	228.779,88	-325.267,95	0,00	1.090.569,99
	1.187.058,06	228.779,88	-325.267,95	0,00	1.090.569,99
Finanzanlagen					
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	6.261.419,69	1.140.814,39	-432.269,02	0,00	6.969.965,06
Buchwerte				31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				2.309.968,00	1.577.632,50



	Buchwerte	
	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
geleistete Anzahlungen	891.398,85	224.264,68
	3.201.366,85	1.801.897,18
Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	508.650,00	380.892,00
	508.650,00	380.892,00
Finanzanlagen		
Beteiligungen	0,00	0,00
Insgesamt	3.710.016,85	2.182.789,18

## **2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

## **3. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen**

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen beinhaltet die in 2000 bis 2016 gewährten Investitionszuschüsse. Der Bilanzansatz entspricht dem Buchwert des zuschussfinanzierten Anlagevermögens auf der Aktivseite. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Abschreibungen des laufenden Jahres der bezuschussten Vermögensgegenstände durch gleich hohe Auflösungen des Sonderpostens ausgeglichen. Im Berichtsjahr wird die Auflösung in Höhe von TEUR 7 unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

## **4. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Als Rechnungsgrundlage für die Bewertung der Pensionsverpflichtung zum 31.12.2022 dienten die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre mit 1,78 % angesetzt. Als Bewertungsparameter wurden für den Renten- und Gehaltstrend 2,25 % und 0 % benutzt. Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 5.222,00 wurde innerhalb der Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen.

Der Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtung gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB bei einem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 7 Jahre von 1,44 % beträgt zum 31.12.2022 EUR 195.972,00. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Absatz 6 Satz 2 HGB beträgt EUR 8.034,00 und ist ausschüttungsgesperrt.

## **5. Sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und ausstehende Rechnungen.

## **6. Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr: Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber dem Alleingesellschafter von TEUR 11.774 (Vorjahr: TEUR 17.151).

## **D. Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Umsatzerlöse werden durch die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs erbracht. Es besteht kein Auslandsgeschäft.

## **E. Sonstige Angaben**

### **1. Haftungsverhältnisse und Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Der Mietsicherungsbetrag in Höhe von TEUR 33 gemäß Mietvertrag wurde in Form einer selbstschuldnerischen Bankbürgschaft bei der Baden-Württembergischen Bank AG, Stuttgart, erbracht. Weitere Haftungsverhältnisse bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Verpflichtungen aus Mietverträgen (Jahresmiete) in betragen 2023 TEUR 552. Aus Leasingverträgen bestehen Verpflichtungen von TEUR 12.



Das Bestellobligo aus Investitionen beläuft sich auf TEUR 3.238.

## 2. Personal

Im Jahresdurchschnitt 2022 waren neben einem leitenden Angestellten 129 Mitarbeiter beschäftigt.

## 3. Organe der Gesellschaft

### Geschäftsführung:

Volker M. Heepen, Stuttgart

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung in 2022 betrugen EUR 199.878,47. Für einen ehemaligen Geschäftsführer bestehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von EUR 187.938,00.

Der **Aufsichtsrat** bestand im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern:

- Berthold Frieß, Ministerialdirektor, Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, Stuttgart, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- Gerd Hickmann, Abteilungsleiter, Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, Stuttgart, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- Margret Mergen, Oberbürgermeisterin der Stadt Baden-Baden (bis 10.06.2022), Baden-Baden,
- Ingo Hacker, Bürgermeister der Stadt Neuhausen auf den Fildern, Neuhausen a. d. Fildern
- Helmut Riegger, Landrat, Landratsamt Calw, Calw
- Götz-Markus Schäfer, Leitender Ministerialrat, Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg, Stuttgart

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten eine Vergütung inklusive Sitzungstagegeld in Höhe von insgesamt EUR 4.680.

## 4. Beteiligungen

Die Gesellschaft ist mit 10,13 % an der VDV Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln beteiligt. Zum 31.12.2021 beträgt das Eigenkapital der VDV Kernapplikations GmbH & Co. KG TEUR 5.265; der Jahresüberschuss 2021 betrug TEUR 623.

## 5. Honorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2022 betrug EUR 12.000. Es betrifft die Jahresabschlussprüfung.

## 6. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet. Nach aktueller Einschätzung entfallen die pandemiebedingten erschwerten Rahmenbedingungen, so dass die anstehenden Aufgaben wie geplant umgesetzt werden können.

## 7. Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von EUR 539.908,41 auszuschütten und den verbleibenden Bilanzgewinn zum 31.12.2022 in Höhe von EUR 493.762,91 auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, 25.05.2023

*Der Geschäftsführer:*

*Herr Volker M. Heepen*

## Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022

Der Jahresabschluss zum 31.12.2022 wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 09.08.2023 festgestellt.

## Beschlussfassung über die Verwendung des Ergebnisses 2022

Der Gewinn wird wie folgt verwendet:

	EUR
Jahresüberschuss 2022	539.908,41
Ausschüttung	539.908,41
Gewinnvortrag	493.762,91
Vortrag auf neue Rechnung	493.762,91

## Lagebericht

### A. Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft nimmt auf Grundlage des Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Ministerium für Verkehr die im Gesellschaftsvertrag verankerten Aufgaben wahr.

Da die Vorbereitungszeit für die Einführung des deutschlandweiten 9-Euro-Tickets, gültig im Zeitraum von Juni bis August, nur wenige Wochen betrug, mussten kurzfristig alle Fahrten unter dem Aspekt einer verstärkten Nachfrage insbesondere auf den Expresslinien unter der Woche, allen Linien an den Wochenenden und auf den touristischen Linien überarbeitet und soweit es möglich war, angepasst werden. Die Übernahme dieser zusätzlichen Aufgaben sowie auch die begleitenden Anpassungen und die nachgelagerten Abrechnungen stellte für die Mitarbeiter in den unterschiedlichen Bereichen eine starke Herausforderung dar.

Die Umsatzsituation im baden-württembergischen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist weiterhin pandemiebedingt auf einem niedrigen Niveau - auch das zeitlich begrenzte Sonderangebot führte zu weiteren, erheblichen Einbußen. Auch im Geschäftsjahr war die Gesellschaft im Auftrag des Ministeriums für die Konzeption und Abwicklung des Rettungsschirms im Land zuständig und trägt auch maßgeblich für die Weiterentwicklung im bundesweiten Kontext bei.

Die Fahrplangestaltung für das Jahr 2026, nach Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs in Stuttgart, wird immer konkreter. Da die Infrastruktur auf den Zulaufstrecken zum neuen Bahnhof zeitversetzt in Betrieb genommen wird, müssen unterschiedliche Betriebszustände geplant werden, deren Ergebnisse Basis für die Verkehrsdienstleistungsausschreibungen sind, die aktuell vorbereitet werden.

Die Gesellschaft hat im Auftrag der Landesanstalt Schienenfahrzeuge und des Ministeriums für Verkehr zahlreiche Ausschreibungen (Beschaffung von 130 Doppelstocktriebwagen und 105 Stadtbahnfahrzeugen (Tram Trains) sowie mehrere Verkehrsdienstleistungen (Stadtbahn Karlsruhe, Interimsverkehr auf der Neubaustrecke Wendlingen - Ulm, Pfalznetz, Südwest) begleitet und zum Teil auch abschließen können. Zum Fahrplanwechsel gingen mehrere neue Betriebskonzepte in Betrieb. Herausragendes Ereignis war die Eröffnung der Schnellfahrstrecke Wendlingen - Ulm (Vorlaufbetrieb), die Betriebsaufnahme des elektrischen Netzes Augsburg (Go-Ahead Bayern) und Karlsruhe (DB Regio) sowie der Ammertal- und Ermstal Bahn (DB Regio AG). Das Qualitätsranking aller betreuten Netze im Schienenpersonennahverkehr wurde fortgeschrieben und im Herbst veröffentlicht.

Auch im Jahr 2022 waren die Kommunikationsmaßnahmen unter der Marke bwegt sehr von disruptiven Ereignissen geprägt. Insbesondere die Einführung des 9-Euro-Tickets machte es notwendig, mit einer Kampagne auf die Fahrgäste einzugehen, die erst durch das deutschlandweite Sonderangebot mit dem Regionalverkehr in Berührung gekommen sind.

Die Gesellschaft ist federführend bei der Ausarbeitung des kommunikativen Rahmenkonzepts des landesweiten Jugentickets eingebunden. Unter dem Markennamen „JugenticketBW“ werden die Verbünde, Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen dieses Angebot voraussichtlich ab Anfang 2023 breit gemeinsam kommunizieren. Mit weiteren Kampagnen zu Regiobussen und dem MetropoExpress (MEX) werden Produkte aus der bwegt-Familie in den Vordergrund gestellt. Die Bemühungen zeigen dabei einen deutlichen Erfolg.

Ein Schwerpunkt bildete die Weiterentwicklung des Zukunftsnetzwerks Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), das perspektivisch alle Themen der ÖPNV-Entwicklung über Veranstaltungen, Foren, Exkursionen und Öffentlichkeitsarbeit bearbeiten soll. Im September wurde der Mobilitätskongress erfolgreich durchgeführt.

Die Zusammenarbeit mit relevanten landesweiten, regionalen und kommunalen Akteuren im Fuß- und Radverkehr wurde weiter intensiviert. Unterschiedliche Veranstaltungen wurden aktiv mitgestaltet (Länderübergreifendes Mobilitätsnetzwerk, Landeskonzert Mobilität und Klima etc.). Ebenso wurden neue Aktionen (RadIdee, Aktion „Mit dem Rad zum Stadion“, „Aktiv zur Schule“ etc.) federführend begleitet.

Die wirtschaftliche Planung und Steuerung der Gesellschaft erfolgen über die mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung vereinbarten Zielvereinbarung. In der operativen Budgetplanung werden diese in konkrete, messbare Ziele übersetzt. Der Planungs- und Steuerungsprozess wird vervollständigt durch die Quartalsberichte und die laufenden Abstimmungen mit den auftragserteilenden Abteilungen im Ministerium für Verkehr.

Fortwährende Überprüfung und Anpassung der Prozesse stellen sicher, dass unsere Managementsysteme kontinuierlich verbessert und den jeweiligen spezifischen Anforderungen angepasst werden.



## B. Finanzielle und personelle Ausstattung der Gesellschaft

### 1. Auftragslage

Die Beauftragung der Gesellschaft erfolgte im Geschäftsjahr 2022 ausschließlich über den abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem zuständigen Ministerium. Der Gesellschaft wurde eine neue Aufgabe (Erlösmanagement Verkehrsverträge sowie Vertretung der Interessen des Aufgabenträgers als Erlösverantwortlicher in Gremien der Verkehrs- und Tarifverbünde) übertragen, zwei Aufgaben (Kompetenznetz Klima Mobil, Produktmanagement für den Metropolexpress) wurden inhaltlich aktualisiert.

Der Gesellschaft werden auf Grundlage eines genehmigten Wirtschaftsplans für die zu erledigenden Aufgaben ein Höchstbetrag an finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt. Dieser betrug im Geschäftsjahr 2022 netto TEUR 41.714.

### 2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2022 eine Bilanzsumme in Höhe von TEUR 28.330 (Vorjahr: TEUR 29.872) aus.

Das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 3.710 zum Abschlussstichtag wird mit TEUR 1.527 über dem Vorjahresniveau ausgewiesen. Die Investitionen in Höhe von TEUR 2.672 betrafen überwiegend Software und Lizenzen sowie Hardware-Erweiterungen und Büroeinrichtungen.

Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Abschlussstichtag des Vorjahres um TEUR 3.096 auf TEUR 24.452 gesunken. Dies entfällt vor allem auf die liquiden Mittel, die sich infolge umfangreicher Tilgungen auf Verbindlichkeiten reduzierten. Weiter erhöht hat sich der Betrag für sonstige Vermögensgegenstände im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 594 insbesondere aufgrund gestiegener Steuerforderungen. Die Verbindlichkeiten sind um TEUR 2.948 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies resultiert aus dem Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 4.564 aufgrund niedrigerer Rückzahlungsverpflichtungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag im Vergleich zum Vorjahr (- TEUR 5.377) bei gleichzeitiger stichtagsbedingter Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 1.617 aufgrund verstärkten Rechnungseingangs durch die Lieferanten.

Die vereinbarten Mittel des Verkehrsministeriums sind dem Unternehmen unterjährig zugeflossen. Die vorgesehenen Mittel der bis zum Bilanzstichtag nicht bzw. nicht vollständig umgesetzten Projekte und Maßnahmen, die in den Folgejahren nachgeholt werden, werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Dieser hat sich zum Bilanzstichtag um TEUR 1.260 erhöht, da einige Projekte des Vorjahres nicht abgeschlossen werden konnten.

Auf der Aktivseite schlagen sich die erhaltenen Mittel für die auf Folgejahre verschobenen Projekte in den liquiden Mittel nieder. Die Liquiditätslage ist des Unternehmens ist gut, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war gegeben.

Die Umsatzerlöse sind infolge des gestiegenen Volumens des Geschäftsbesorgungsvertrags mit TEUR 25.352 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 4.460 gestiegen. Die Materialaufwendungen, die vor allem bezogene Fremdleistungen betreffen, haben sich im Verhältnis zu den Umsatzerlösen projektbedingt leicht von 59,4 % auf 57,2 % reduziert. Die Personalaufwandsquote ist nahezu konstant (28,7 % im aktuellen Jahr gegenüber 26,8 % im Vorjahr). Die absolute Erhöhung ist auf einen Anstieg der Mitarbeiteranzahl von 111 auf 129 zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um TEUR 67 auf TEUR 2.372 erhöht, was insbesondere auf gestiegene Reise- und Beratungskosten sowie auf höhere Beiträge zurückzuführen ist. Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2022 mit TEUR 539 ein positives Ergebnis ausgewiesen werden, das um TEUR 261 unter dem Planansatz liegt.

### 3. Personalbestand 2022

Im Jahresdurchschnitt waren 129 Mitarbeiter:innen (Vorjahr: 111) angestellt.

## C. Ausblick auf die Jahre 2023 bis 2024

### 1. Auftrags- und Finanzlage

Mit dem Geschäftsbesorgungsvertrag für das Jahr 2023 wird das Aufgabenspektrum der Gesellschaft fortgeschrieben. Die Summe der Erträge wird bei ca. TEUR 51.297 liegen, davon sind ca. TEUR 6.592 als Dritterlöse geplant. Da die Aufgaben langfristig verankert wurden, werden die Erträge auch im Jahr 2023 und in Folgejahren auf vergleichbarem Niveau liegen.

### 2. Schwerpunkte der Arbeiten





Die Vorbereitung und Durchführung von Ausschreibungen für Verkehrsdienstleistungen und Fahrzeuge, die fahrplanerische Vorbereitung zur Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs Stuttgart, der weitere Kompetenzaufbau im Bereich Neue Mobilität werden im Jahr 2023 wesentliche Arbeitsschwerpunkte der NVBW sein.

## 3. Personelle Veränderungen

Der vorgesehene Personalaufbau konnte nicht im geplanten Maße umgesetzt werden, so dass einige Aufgaben nur verzögert bearbeitet werden konnten.

Der Aufsichtsrat hat sich im vergangenen Jahr mit der Weiterentwicklung der Gesellschaft beschäftigt und aufgrund des enormen Zuwachses an Aufgaben beschlossen, dass im nächsten Jahr eine zweite Geschäftsführungsstelle besetzt werden soll.

## 4. Chancen und Risiken der Gesellschaft

Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Land Baden-Württemberg läuft bis 2023, die Vergütung wird jährlich im Zuge der Wirtschaftsplanung festgesetzt. Auf Grund der rechtlichen Verpflichtung des Landes, die Aufgabenträgerschaft im Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg selbst wahrzunehmen und der sehr speziellen Anforderungen an die Aufgaben des Bestellers und Ausschreibung von Verkehrsleistungen sind in Baden-Württemberg keine Wettbewerber auf dem Markt, die anstelle der Gesellschaft diese Aufgaben für das Land übernehmen könnten. Es wird deshalb kein Risiko gesehen, dass die Vergütung den wesentlichen Kernbestand nicht erfassen könnte.

Aufgrund der aktuellen Lage besteht für das kommende Geschäftsjahr ein geringes Risiko, dass sich unvorhergesehene Haushaltskürzungen auch auf die Gesellschaft auswirken können. Aufgrund der Besetzung des Aufsichtsrats mit Vertretern der Ministerien dürften derartige Ereignisse allerdings nicht überraschend auftreten, sodass grundsätzlich ausreichend Zeit zur Verfügung stehen sollte, geeignete Maßnahmen einzuleiten, um etwaigen Risiken zu begegnen. Im Rahmen der Erstellung des Wirtschaftsplans für das folgende Geschäftsjahr würde dieses Thema in die Planungsgespräche einfließen.

Wesentliche Finanzinstrumente der Gesellschaft sind die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Aufgrund der Kundenstruktur schätzen wir das Ausfallrisiko der Forderungen als gering ein. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Wesentliche Risiken bei den Verbindlichkeiten sowie Fremdwährungspositionen bestehen nicht.

Stuttgart, den 25.05.2023

*Volker M. Heepen, Geschäftsführer*

## Hinweis zum Bestätigungsvermerk

Bei dem vorstehenden Jahresabschluss handelt es sich um die nach § 327 HGB für Offenlegungszwecke verkürzte Fassung. Zu dem vollständigen Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde folgender Bestätigungsvermerk erteilt:

## Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die NVBW - Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart

### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der NVBW - Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der NVBW - Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnen Erkenntnisse

- entspricht der beigelegte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und



• vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut für Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaft geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklungen zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut für Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierend wesentlich falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen das kollusive Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Stuttgart, den 25. Mai 2023

**Deloitte GmbH**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

*Thomas Traub, Wirtschaftsprüfer*

*Elke Bernhardt, Wirtschaftsprüferin*